**Entdollarisierung**

**Kenias Präsident spricht sich für panafrikanisches Zahlungssystem aus**Unterschiedliche Währungen zum einen und der US-Dollar zum anderen sind bei Zahlungen für Waren und Dienstleistungen in Afrika ein Hindernis. Der kenianische Präsident William Ruto ermutigt seine Amtskollegen, sich dem Panafrikanischen Zahlungssystem (PAPSS) anzuschließen.   
  
Der kenianische Präsident William Ruto hat seine afrikanischen Amtskollegen dazu aufgerufen, den US-Dollar im lokalen Zahlungsverkehr nicht mehr zu verwenden. Er äußerte sich am Montag in Nairobi, als er vor dem afrikanischen Privatsektor-Dialog über die afrikanische kontinentale Freihandelszone sprach. Ruto sagte: *"Wir alle haben Schwierigkeiten, Zahlungen für Waren und Dienstleistungen von einem Land in ein anderes zu leisten, weil es unterschiedliche Währungen gibt. Und mittendrin sind wir alle einem Dollar-Umfeld ausgesetzt."*  
  
Der Präsident forderte seine Amtskollegen auf dem Kontinent auf, die Zentral- und Geschäftsbanken zu mobilisieren, sich dem Panafrikanischen Zahlungs- und Abrechnungssystem (PAPSS) anzuschließen. Das im Januar 2022 gestartete PAPSS ist ein zentralisiertes Zahlungs- und Abrechnungsnetzwerk für den innerafrikanischen Handel mit Waren und Dienstleistungen.  
  
Dr. Tumi BB Senokoane, Professor an der Universität von Südafrika, sagte gegenüber *RT*, dass die Schaffung einer Währung für ganz Afrika "keine unmögliche Aufgabe" sei. Ruto fügte hinzu: *"Die Idee, die hinter der Entdollarisierung der Währung steht, hat den Hintergrund, dass sich Afrika beim Kauf und Austausch von Waren und auch bei der Bildung von Reserven für Afrika als Kontinent auf seine eigene Währung verlassen will. Die Idee ist, eine gemeinsame Währung für Afrika zu finden, die von den Zentralbanken in Afrika verwendet wird."*  
  
Im Zuge des rasanten wirtschaftlichen Wachstums der Schwellenländer nimmt die weltwirtschaftliche Bedeutung der USA immer weiter ab. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, wann die USA ihre wirtschaftliche und politische Vormachtstellung auf globaler Ebene verlieren.  
Dieser Prozess wird durch die Abschottungstendenzen der amerikanischen Volkswirtschaft noch verstärkt, welche die Rolle der USA als Fürsprecher einer vermeintlich liberalen Weltwirtschaftsordnung und Verfechter der Globalisierung zunehmend in Zweifel ziehen.  
  
Diese Entwicklungen lassen die Frage aufkommen, ob der US-Dollar weiterhin als Leitwährung auf den internationalen Güter- und Finanzmärkten fungieren kann und sollte.  
  
  
<https://pressefreiheit.rtde.live/amerika/171436-suedamerika-gipfel-endet-mit-appell/>  
31.6.2023  
**Südamerika-Gipfel endet mit Appell zur Einigkeit:   
"Es hat uns nichts genutzt, gespalten zu sein"**Am Dienstag ist in Brasilien ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aller südamerikanischen Länder zu Ende gegangen. Die Veranstaltung fand auf Initiative des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva statt. Der linke Politiker wollte nach eigenen Angaben mit seinen Amtskollegen darüber diskutieren, ob die Länder des Kontinents bereit seien, als Block zu agieren, um mit anderen Bündnissen effizienter zu verhandeln.  
Für Lula war die Veranstaltung ein Erfolg, da sich alle Regierungen nach mehreren Jahren der Distanzierung aufgrund politischer Differenzen nun für mehr Kooperation und Einigkeit aussprachen. Es war das erste Mal seit der letzten Tagung der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) im Jahr 2014 in Ecuador, dass die Spitzenpolitiker aller Länder der Region zusammenkamen. Für Aufsehen sorgte insbesondere die Teilnahme des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro, mit dem Lula bereits am Montag zu bilateralen Gesprächen zusammengetroffen war.      
  
**Brasilien**  
Als Gastgeber [stellte](https://twitter.com/LulaOficial/status/1663641100710445057) Lula zehn Vorschläge für die Zukunft der Region vor. Demnach sollten die Länder ihre "südamerikanische Identität" im Währungsbereich vertiefen und ihre Abhängigkeit von ausländischen Währungen reduzieren. Auch der regionale Austausch von Studenten, Lehrkräften und Forschern sollte angekurbelt werden. Der Politiker plädierte für mehr Kooperation und Integration: Erst wenn die südamerikanischen Länder einig agierten, könnten sie das Potenzial des Kontinents voll entwickeln.  
*"Ein starkes, sicheres und politisch organisiertes Südamerika erweitert unsere Möglichkeiten, die wahre lateinamerikanische und karibische Identität auf internationaler Ebene zu behaupten."*  
Die regionale Integration sollte ein dauerhaftes Ziel der südamerikanischen Regierungen sein, erklärte Lula.  
  
**Argentinien**  
Für die regionale Einigkeit plädierte auch der argentinische Präsident Alberto Fernández. Dies sollte die Staatspolitik eines jeden südamerikanischen Lande sein. Der Politiker [rief](https://deref-gmx.net/mail/client/gbIp8YAtJtQ/dereferrer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Ftwitter.com%2Falferdez%2Fstatus%2F1663614911442829313) seine Amtskollegen auf, aus den Fehlern zu lernen:*"Es hat uns nichts genützt, gespalten zu sein."*  
Als Beispiel nannte er die COVID-19-Pandemie, die die Nachteile der regionalen Spaltung zum Ausdruck gebracht habe. Die Staats- und Regierungschefs sollten keine Angst vor Änderungen haben. Die UNASUR sollte flexibler werden, indem die Entscheidungen eher per Mehrheit als per Konsens getroffen werden sollten.  
  
**Bolivien**  
Der bolivianische Präsident Luis Arce plädierte für Konsens und Dialog zwischen den Ländern, damit Südamerika als eine kollektive und koordinierte Stärke in einer multipolaren Welt auftreten könnte.     
*"Dieser Mechanismus muss aus den vorigen Erfahrungen lernen und aufgrund der Komplementarität unserer Völker Themen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft, Umwelt und Kultur umfassen."*    
Mit Blick auf die UNASUR, die nach dem Austritt mehrerer Länder zerbröckelt war, plädierte Arce dafür, die Struktur der Staatenvereinigung aufrechtzuerhalten. Nach dem langen Weg, den man zurückgelegt hat, sei es einfacher, das Notwendige zu korrigieren oder zu ändern, als eine neue Organisation zu bilden. Der Politiker bedankte sich bei Brasilien für die Gastfreundschaft und bei Lula für die Einladung zum Treffen.  
  
**Kolumbien**  
Südamerika sollte eine "einheitliche Stimme" herausbilden, um sich in der internationalen Arena zu verteidigen, forderte der kolumbianische Präsident Gustavo Petro. Die Region verfüge über mehrere entscheidende Mittel, um zur Lösung der umfassenden Krise beizutragen, die die Menschheit jetzt durchmache. Auf Twitter [gab](https://twitter.com/petrogustavo/status/1663704371303989248) er bekannt, dass sein Land der UNASUR wieder beitreten werde. Er schlug allerdings einen anderen Namen für die Organisation vor: Verband Südamerikanischer Nationen. Kolumbien war aus der Staatenvereinigung im Jahr 2018 unter Präsident Iván Duque ausgeschieden. Momentan gehören zur UNASUR Argentinien, Bolivien, Brasilien, Guyana, Surinam und Venezuela.  
  
**Ecuador**  
Nach Ansicht des ecuadorianischen Staatschefs Guillermo Lasso war der Gipfel in Brasilien ein "wichtiges Treffen für die Zukunft Südamerikas".  
*"Wir glauben, dass die Integration uns dazu dienen soll, das Leben der Bürger zu verbessern. Ihre Gesundheit, ihre Sicherheit, ihre Bildung und ihr Umfeld sind essenziell."*  
Lassos Büro [teilte](https://deref-gmx.net/mail/client/oQRniFmEpw8/dereferrer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Ftwitter.com%2FPresidencia_Ec%2Fstatus%2F1663614779569700865) außerdem auf Twitter mit, dass der ecuadorianische Präsident bei dem Treffen auf die Stärkung von Demokratie, Freiheit und Respekt vor den Menschenrechten Nachdruck gelegt habe.  
  
**Peru**  
Da die peruanische Präsidentin Dina Boluarte zum Treffen nicht anreisen konnte, wurde das Andenland vom Premierminister Alberto Otárola vertreten. In einer Videobotschaft erklärte Boluarte jedoch, dass sich die südamerikanischen Länder bei Schaffung einer gemeinsamen Agenda vom Pragmatismus leiten lassen sollten.     
*"Wir müssen die politische Orientierung und die internen Prozesse der verschiedenen Mitgliedsstaaten respektieren."*  
Boluarte plädierte für eine flexible und effiziente Verwaltung ohne bürokratische Strukturen.  
  
**Uruguay**  
Auch der uruguayische Präsident Luis Lacalle Pou sprach sich gegen die Tendenz aus, "Organisationen zu schaffen". Der Politiker erklärte zwar, dass er in vielen Punkten eine andere Meinung als die in der UNASUR vorherrschende habe, gleichzeitig forderte er jedoch, die bereits vorhandenen Mechanismen zu nutzen, um die Beziehungen zu vertiefen. Lacalle Pou lobte den "konstruktiven Geist" des von Lula einberufenen Gipfels.  
*"Lasst uns keine Zeit verlieren. Das Leben hat ein Ende, und obwohl einige das nicht glauben mögen, gilt das auch für die Regierungen."*   
In der offiziellen Pressemitteilung nach dem Gipfel [hieß](https://deref-gmx.net/mail/client/_JWDogrVgyw/dereferrer/?redirectUrl=https%3A%2F%2Fwww.gov.br%2Fmre%2Fpt-br%2Fcanais_atendimento%2Fimprensa%2Fnotas-a-imprensa%2Fconsenso-de-brasilia-2013-30-de-maio-de-2023) es, dass die Staats- und Regierungschefs der südamerikanischen Länder den Grundsatz bekräftigt hätten, dass der Kontinent eine Region des Friedens und der Kooperation sei. Sie hätten sich dazu verpflichtet, Handel und Investitionen wechselseitig auszubauen sowie die Logistik und Infrastrukturen zu verbessern. Die Politiker hätten zudem die Notwendigkeit eines regelmäßigen Dialogs hervorgehoben.

<https://pressefreiheit.rtde.live/international/171465-entdollarisierung-kenias-praesident-spricht-sich/>  
1. Juni 2023  
**Entdollarisierung:   
Kenias Präsident spricht sich für panafrikanisches Zahlungssystem aus**Unterschiedliche Währungen zum einen und der US-Dollar zum anderen sind bei Zahlungen für Waren und Dienstleistungen in Afrika ein Hindernis. Der kenianische Präsident William Ruto ermutigt seine Amtskollegen, sich dem Panafrikanischen Zahlungssystem (PAPSS) anzuschließen.   
  
Der kenianische Präsident William Ruto hat seine afrikanischen Amtskollegen dazu aufgerufen, den US-Dollar im lokalen Zahlungsverkehr nicht mehr zu verwenden. Er äußerte sich am Montag in Nairobi, als er vor dem afrikanischen Privatsektor-Dialog über die afrikanische kontinentale Freihandelszone sprach. Ruto sagte: *"Wir alle haben Schwierigkeiten, Zahlungen für Waren und Dienstleistungen von einem Land in ein anderes zu leisten, weil es unterschiedliche Währungen gibt. Und mittendrin sind wir alle einem Dollar-Umfeld ausgesetzt."*  
  
Der Präsident forderte seine Amtskollegen auf dem Kontinent auf, die Zentral- und Geschäftsbanken zu mobilisieren, sich dem Panafrikanischen Zahlungs- und Abrechnungssystem (PAPSS) anzuschließen. Das im Januar 2022 gestartete PAPSS ist ein zentralisiertes Zahlungs- und Abrechnungsnetzwerk für den innerafrikanischen Handel mit Waren und Dienstleistungen.  
  
Dr. Tumi BB Senokoane, Professor an der Universität von Südafrika, sagte gegenüber *RT*, dass die Schaffung einer Währung für ganz Afrika "keine unmögliche Aufgabe" sei. Ruto fügte hinzu: *"Die Idee, die hinter der Entdollarisierung der Währung steht, hat den Hintergrund, dass sich Afrika beim Kauf und Austausch von Waren und auch bei der Bildung von Reserven für Afrika als Kontinent auf seine eigene Währung verlassen will. Die Idee ist, eine gemeinsame Währung für Afrika zu finden, die von den Zentralbanken in Afrika verwendet wird."*  
  
Im Zuge des rasanten wirtschaftlichen Wachstums der Schwellenländer nimmt die weltwirtschaftliche Bedeutung der USA immer weiter ab. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, wann die USA ihre wirtschaftliche und politische Vormachtstellung auf globaler Ebene verlieren.  
Dieser Prozess wird durch die Abschottungstendenzen der amerikanischen Volkswirtschaft noch verstärkt, welche die Rolle der USA als Fürsprecher einer vermeintlich liberalen Weltwirtschaftsordnung und Verfechter der Globalisierung zunehmend in Zweifel ziehen.  
  
Diese Entwicklungen lassen die Frage aufkommen, ob der US-Dollar weiterhin als Leitwährung auf den internationalen Güter- und Finanzmärkten fungieren kann und sollte.  
  
  
<https://pressefreiheit.rtde.live/amerika/171436-suedamerika-gipfel-endet-mit-appell/>  
31.6.2023  
**Südamerika-Gipfel endet mit Appell zur Einigkeit:   
"Es hat uns nichts genutzt, gespalten zu sein"**Am Dienstag ist in Brasilien ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aller südamerikanischen Länder zu Ende gegangen. Die Veranstaltung fand auf Initiative des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva statt. Der linke Politiker wollte nach eigenen Angaben mit seinen Amtskollegen darüber diskutieren, ob die Länder des Kontinents bereit seien, als Block zu agieren, um mit anderen Bündnissen effizienter zu verhandeln.  
Für Lula war die Veranstaltung ein Erfolg, da sich alle Regierungen nach mehreren Jahren der Distanzierung aufgrund politischer Differenzen nun für mehr Kooperation und Einigkeit aussprachen. Es war das erste Mal seit der letzten Tagung der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) im Jahr 2014 in Ecuador, dass die Spitzenpolitiker aller Länder der Region zusammenkamen. Für Aufsehen sorgte insbesondere die Teilnahme des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro, mit dem Lula bereits am Montag zu bilateralen Gesprächen zusammengetroffen war.      
  
**Brasilien**  
Als Gastgeber [stellte](https://twitter.com/LulaOficial/status/1663641100710445057) Lula zehn Vorschläge für die Zukunft der Region vor. Demnach sollten die Länder ihre "südamerikanische Identität" im Währungsbereich vertiefen und ihre Abhängigkeit von ausländischen Währungen reduzieren. Auch der regionale Austausch von Studenten, Lehrkräften und Forschern sollte angekurbelt werden. Der Politiker plädierte für mehr Kooperation und Integration: Erst wenn die südamerikanischen Länder einig agierten, könnten sie das Potenzial des Kontinents voll entwickeln.  
*"Ein starkes, sicheres und politisch organisiertes Südamerika erweitert unsere Möglichkeiten, die wahre lateinamerikanische und karibische Identität auf internationaler Ebene zu behaupten."*  
Die regionale Integration sollte ein dauerhaftes Ziel der südamerikanischen Regierungen sein, erklärte Lula.  
  
**Argentinien**  
Für die regionale Einigkeit plädierte auch der argentinische Präsident Alberto Fernández. Dies sollte die Staatspolitik eines jeden südamerikanischen Lande sein. Der Politiker [rief](https://twitter.com/alferdez/status/1663614911442829313) seine Amtskollegen auf, aus den Fehlern zu lernen:*"Es hat uns nichts genützt, gespalten zu sein."*  
Als Beispiel nannte er die COVID-19-Pandemie, die die Nachteile der regionalen Spaltung zum Ausdruck gebracht habe. Die Staats- und Regierungschefs sollten keine Angst vor Änderungen haben. Die UNASUR sollte flexibler werden, indem die Entscheidungen eher per Mehrheit als per Konsens getroffen werden sollten.  
  
**Bolivien**  
Der bolivianische Präsident Luis Arce plädierte für Konsens und Dialog zwischen den Ländern, damit Südamerika als eine kollektive und koordinierte Stärke in einer multipolaren Welt auftreten könnte.     
*"Dieser Mechanismus muss aus den vorigen Erfahrungen lernen und aufgrund der Komplementarität unserer Völker Themen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft, Umwelt und Kultur umfassen."*    
Mit Blick auf die UNASUR, die nach dem Austritt mehrerer Länder zerbröckelt war, plädierte Arce dafür, die Struktur der Staatenvereinigung aufrechtzuerhalten. Nach dem langen Weg, den man zurückgelegt hat, sei es einfacher, das Notwendige zu korrigieren oder zu ändern, als eine neue Organisation zu bilden. Der Politiker bedankte sich bei Brasilien für die Gastfreundschaft und bei Lula für die Einladung zum Treffen.  
  
**Kolumbien**  
Südamerika sollte eine "einheitliche Stimme" herausbilden, um sich in der internationalen Arena zu verteidigen, forderte der kolumbianische Präsident Gustavo Petro. Die Region verfüge über mehrere entscheidende Mittel, um zur Lösung der umfassenden Krise beizutragen, die die Menschheit jetzt durchmache. Auf Twitter [gab](https://twitter.com/petrogustavo/status/1663704371303989248) er bekannt, dass sein Land der UNASUR wieder beitreten werde. Er schlug allerdings einen anderen Namen für die Organisation vor: Verband Südamerikanischer Nationen. Kolumbien war aus der Staatenvereinigung im Jahr 2018 unter Präsident Iván Duque ausgeschieden. Momentan gehören zur UNASUR Argentinien, Bolivien, Brasilien, Guyana, Surinam und Venezuela.  
  
**Ecuador**  
Nach Ansicht des ecuadorianischen Staatschefs Guillermo Lasso war der Gipfel in Brasilien ein "wichtiges Treffen für die Zukunft Südamerikas".  
*"Wir glauben, dass die Integration uns dazu dienen soll, das Leben der Bürger zu verbessern. Ihre Gesundheit, ihre Sicherheit, ihre Bildung und ihr Umfeld sind essenziell."*  
Lassos Büro [teilte](https://twitter.com/Presidencia_Ec/status/1663614779569700865) außerdem auf Twitter mit, dass der ecuadorianische Präsident bei dem Treffen auf die Stärkung von Demokratie, Freiheit und Respekt vor den Menschenrechten Nachdruck gelegt habe.  
  
**Peru**  
Da die peruanische Präsidentin Dina Boluarte zum Treffen nicht anreisen konnte, wurde das Andenland vom Premierminister Alberto Otárola vertreten. In einer Videobotschaft erklärte Boluarte jedoch, dass sich die südamerikanischen Länder bei Schaffung einer gemeinsamen Agenda vom Pragmatismus leiten lassen sollten.     
*"Wir müssen die politische Orientierung und die internen Prozesse der verschiedenen Mitgliedsstaaten respektieren."*  
Boluarte plädierte für eine flexible und effiziente Verwaltung ohne bürokratische Strukturen.  
  
**Uruguay**  
Auch der uruguayische Präsident Luis Lacalle Pou sprach sich gegen die Tendenz aus, "Organisationen zu schaffen". Der Politiker erklärte zwar, dass er in vielen Punkten eine andere Meinung als die in der UNASUR vorherrschende habe, gleichzeitig forderte er jedoch, die bereits vorhandenen Mechanismen zu nutzen, um die Beziehungen zu vertiefen. Lacalle Pou lobte den "konstruktiven Geist" des von Lula einberufenen Gipfels.  
*"Lasst uns keine Zeit verlieren. Das Leben hat ein Ende, und obwohl einige das nicht glauben mögen, gilt das auch für die Regierungen."*   
In der offiziellen Pressemitteilung nach dem Gipfel [hieß](https://www.gov.br/mre/pt-br/canais_atendimento/imprensa/notas-a-imprensa/consenso-de-brasilia-2013-30-de-maio-de-2023) es, dass die Staats- und Regierungschefs der südamerikanischen Länder den Grundsatz bekräftigt hätten, dass der Kontinent eine Region des Friedens und der Kooperation sei. Sie hätten sich dazu verpflichtet, Handel und Investitionen wechselseitig auszubauen sowie die Logistik und Infrastrukturen zu verbessern. Die Politiker hätten zudem die Notwendigkeit eines regelmäßigen Dialogs hervorgehoben.